

THÜR. LANDTAG POST  
10.02.2023 08:13

4272/2023

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie  
Postfach 90 03 54, 99106 Erfurt

Präsidentin des Thüringer Landtags  
Frau Birgit Pommer, MdL

Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt



**Den Mitgliedern des  
AfBJS  
&  
AfSAGG**

Thüringer Landtag

**Z u s c h r i f t**

7/2346

zu Drs. 7/6576

**Stellungnahme des Landesfamilienrats zum Entwurf des Gesetzes zur  
Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen  
Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den  
überregionalen Angeboten des Freistaates**

Erfurt, 08.02.2023

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

anbei erhalten Sie eine Stellungnahme des Landesfamilienrats zum Entwurf des Gesetzes zur Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angeboten des Freistaates (Drs. 7/6576).

Als Geschäftsstelle des Thüringer Landesfamilienrats bitten wir um Verteilung der Stellungnahme an die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport sowie an die Mitglieder des beteiligten Ausschusses für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung.

Dieses Schreiben geht Ihnen parallel auch in postalischer Form zu.



Thüringer Ministerium für  
Arbeit, Soziales, Gesundheit,  
Frauen und Familie  
Werner-Seelenbinder-Straße 6  
99096 Erfurt

[www.thueringer-sozialministerium.de](http://www.thueringer-sozialministerium.de)

E-Mail-Adressen dienen im  
TMASGFF nur dem Empfang einfacher  
Mitteilungen ohne Signatur  
und/oder Verschlüsselung.

Die Datenschutzinformation des  
TMASGFF können Sie unter  
[http://www.thueringen.de/th7/tmasgff/  
datenschutz/](http://www.thueringen.de/th7/tmasgff/datenschutz/) abrufen. Auf Wunsch  
übersenden wir Ihnen eine Papierfas-  
sung.



Vorsitzende des  
Landesfamilienrats

Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie  
Postfach 90 03 54 · 99106 Erfurt

An die Mitglieder des Ausschusses für  
Bildung, Jugend und Sport  
sowie  
an die Mitglieder des Ausschusses für  
Soziales, Arbeit, Gesundheit und  
Gleichstellung

**Stellungnahme des Landesfamilienrats zum Entwurf des Gesetzes zur  
Sicherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen  
Infrastruktur in den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den  
überregionalen Angeboten des Freistaates**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Erfurt, 07.02.2023

die Mitglieder des Landesfamilienrats (Auflistung der Mitgliedsorganisationen  
siehe untenstehend) nehmen bezüglich des Entwurfes eines Gesetzes zur Si-  
cherung der kinder-, jugend- und familiengerechten sozialen Infrastruktur in  
den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den überregionalen Angebo-  
ten des Freistaates (Drs. 7/6576) Stellung.

Der Landesfamilienrat setzt sich ein für:

- die gesetzliche Festschreibung einer Mindestfördersumme im Landes-  
programm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen (LSZ)“ in  
Höhe des Haushaltsansatzes für 2022 von 15.898.000 EUR,
- eine angemessene jährliche Dynamisierung der gesetzlichen Förder-  
summe im LSZ,
- die zusätzliche Aufnahme einer gesetzlichen Festschreibung einer  
Mindestfördersumme für die überregionale Familienförderung in Höhe  
des Ansatzes für 2023 von 2.210.000 EUR sowie
- eine angemessene jährliche Dynamisierung der gesetzlichen Förder-  
summe auch in der überregionalen Familienförderung.

Dies wird im Folgenden einzeln begründet:

Die Mitglieder des Thüringer Landesfamilienrates begrüßen und befürworten  
die vorgesehene gesetzliche Festschreibung von Mindestfördersummen in



Thüringer Ministerium für  
Arbeit, Soziales, Gesundheit,  
Frauen und Familie  
Werner-Seelenbinder-Straße 6  
99096 Erfurt

[www.thueringer-sozialministerium.de](http://www.thueringer-sozialministerium.de)

E-Mail-Adressen dienen im TMASGFF  
nur dem Empfang einfacher Mitteilun-  
gen ohne Signatur  
und/oder Verschlüsselung.

Die Datenschutzinformation des  
TMASGFF können Sie unter  
[http://www.thueringen.de/th7/tmas-  
gff/datenschutz/](http://www.thueringen.de/th7/tmas-gff/datenschutz/) abrufen. Auf Wunsch  
übersenden wir Ihnen eine Papierfas-  
sung.

Verbindung mit einer Dynamisierung der Förderbereiche örtliche Jugendförderung, Schulsozialarbeit sowie im Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ als regionale Familienförderung. Dabei wird ausdrücklich betont, dass die damit verbundene gesicherte und verstetigte Planungssicherheit bei den Angebots- und Maßnahmeträgern einen erheblichen Mehrwert darstellt. Die langfristige und überjährige Planungssicherheit, die die Festlegung von Mindestfördersummen inklusive einer feststehenden Dynamisierung für die Träger mit sich bringt, ermöglicht eine langfristig verstetigte Projektplanung und folglich auch -weiterentwicklung. Dies wäre ein bedeutender Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation vieler Familien in Thüringen, auch und besonders im Hinblick auf die gegebenen Belastungen mit denen sich Familien im Zuge der Covid-19-Pandemie und deren Folgen konfrontiert sahen und auch weiterhin sehen.

Gleichzeitig wird von Seiten des Landesfamilienrates darauf hingewiesen, dass aufgrund der stark gestiegenen Personal- und Sachausgaben eine Dynamisierung der Mindestfördersummen in den genannten Förderbereichen als unbedingt notwendig erachtet wird, um einer Einschränkung bzw. Reduzierung der Angebote entgegenzuwirken.

Entgegen der Bezeichnung des o. g. Gesetzentwurfes umfasst der avisierte Gesetzentwurf derzeit nicht die überregionale Familienförderung (§§ 6, 7, 9 und 10 Thüringer Familienförderungssicherungsgesetz (ThürFamFöSiG)) im Rahmen des Landesfamilienförderplanes gemäß § 5 ThürFamFöSiG. In der überregionalen Familienförderung sind eine Vielzahl an Projekten, Maßnahmen und vor allem personelle Strukturen in Familienverbänden und Familienorganisationen, Projekten und Familienferienstätten geplant, die im Bereich der Familienpolitik, Familienbildung und -erholung sowie der Familienberatung einen unverzichtbaren Beitrag – u. a. in Form der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben aus § 16 SGB VIII – zur Verbesserung der Lebenssituation von Familien, aber auch Seniorinnen und Senioren in Thüringen leisten.

Da die überregionale Familienförderung bzw. die Landesfamilienförderplanung einen elementaren Bestandteil der Familienförderungsstrategie des Freistaates Thüringen darstellt, fordern die Mitglieder des Landesfamilienrates für die überregionale Familienförderung ebenso eine gesetzliche Festlegung einer Mindestfördersumme sowie eine Dynamisierung, wie dies im Bereich der regionalen Familienförderung bzw. dem LSZ im Kontext des o. g. Gesetzentwurfes derzeit diskutiert wird. Nur so kann aus Sicht der Mitglieder des Landesfamilienrates die Familienförderung des Freistaates Thüringen auf örtlicher und überörtlicher Ebene in ihrer Gesamtheit planungssicher und stringent umgesetzt werden.

Eine Ungleichbehandlung der Angebots- und Maßnahmeträger im Bereich der überregionalen Familienförderung gegenüber den Trägern in der regionalen Familienförderung (LSZ) vor allem im Punkt der (finanziellen) Planungssicherheit wird im Landesfamilienrat als kritisch und wenig zielführend bewertet.

Die Förderrichtlinie der überregionalen Familienförderung sieht im Bereich der Förderung der Familienverbände und -organisationen (§ 6 ThürFamFöSiG) und in den Familienferienstätten (§ 7 ThürFamFöSiG) eine jährliche Festbetragsfinanzierung vor. Die so vorgesehenen Förderhöchstsummen gelten seit dem Förderjahr 2019. In Anbetracht der für die Angebots- und Maßnahmeträger in diesem Zeitraum gestiegenen Personal- und Sachausgaben besteht die Gefahr einer Reduzierung der geleisteten Arbeit und damit die Einschränkung der Angebote für Thüringer Familien.

Die im Landeshaushalt 2023 zusätzlich zu den 1,71 Mio. EUR zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel für Familienerholungsmaßnahmen in Höhe von 500.000 EUR bestätigen den steigenden Bedarf im Bereich der überregionalen Familienförderung. Dies soll sich auch im Landesfamilienförderplan 2024 bis 2026 niederschlagen.

Die Mitglieder des Landesfamilienrats weisen in Folge dessen darauf hin, dass eine stringent umgesetzte Familienförderung im Freistaat Thüringen daher die gesetzliche Festlegung einer Mindestfördersumme entsprechend der Haushaltsansätze 2023 in der überregionalen Familienförderung umfassen muss. Um über mehrere Jahre hinweg den derzeitigen Leistungsumfang mindestens aufrecht erhalten zu können, bedarf es auch hier einer Dynamisierung.

Im Bereich des LSZ als regionale Familienförderung sieht der Landesfamilienrat ebenso den Bedarf der Landkreise und kreisfreien Städte nach Planungssicherheit und damit einhergehender Handlungsfähigkeit. Wenn das Landesprogramm dem ihm zugrundeliegenden Grundgedanken einer stetigen Weiterentwicklung der Familienförderung als Teil integrierter Fachplanungen folgend ausgebaut werden soll und weitere Aspekte mittel- oder langfristig ebenso ins LSZ integriert werden sollen, bedarf es der Erhöhung der Mindestsumme in § 4 ThürFamFöSiG. Entsprechend spricht sich der Landesfamilienrat auch im LSZ ausdrücklich für die Erhöhung des gesetzlichen Mindestförderbetrags aus, regt aber zugleich an, die Fördersumme auf die Haushaltsansätze für 2022 in Höhe von 15.898.000 EUR festzulegen. Zudem ist auch hier eine Dynamisierung unverzichtbar, um dem innovativen Charakter dieses bundesweit einmaligen Programms Rechnung zu tragen. Die aktuelle Fördersumme im Entwurf in Höhe von 14.420.000 EUR sichert aktuell lediglich den Bestand und verhindert damit innovative neue Vorhaben. Sollte die Fördersumme nicht entsprechend erhöht werden und die Dynamisierung nicht erfol-

gen, dann würde die fachliche Arbeit der geförderten Einrichtungen und Maßnahmen demgemäß mittel- und langfristig reduziert werden, da diese sich mit steigenden Personal- und Sachkosten konfrontiert sehen.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass der Gesetzentwurf keine Regelungen zum Inkrafttreten beinhaltet. Dieser Zeitpunkt ist allerdings von erheblicher Bedeutung für die praktische Umsetzung der geförderten Maßnahmen, sowie für die mit der Förderung verbundenen förderrechtlichen Verwaltungsprozesse.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Heike Werner

Vorsitzende des Landesfamilienrats

*(ohne Unterschrift, Schreiben elektronisch erstellt und autorisiert)*

#### **Zusammensetzung des Thüringer Landesfamilienrat gemäß dessen Geschäftsordnung vom 24. Juli 2020**

Folgende Institutionen und Akteure entsenden jeweils ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied in den Thüringer Landesfamilienrat:

- Arbeitskreis Thüringer Familienorganisationen (AKF),
- Evangelisches Büro Thüringen,
- Gemeinde- und Städtebund Thüringen e. V.,
- Jüdische Landesgemeinde Thüringen,
- Katholisches Büro Thüringen,
- Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Familienzentren,
- Landesarbeitsgemeinschaft der Thüringer Mehrgenerationenhäuser,
- Landeselternvertretung Thüringen,
- Landesjugendhilfeausschuss Thüringen,

- Landesjugendring Thüringen e. V.,
- Landesschülervertretung Thüringen,
- Landesseniorenrat Thüringen,
- LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.,
- LIGA Selbstvertretung Thüringen e. V.,
- Lokale Bündnisse für Familien Thüringen,
- Lesben- und Schwulenverband Thüringen e. V.,
- MigraNetz Thüringen e. V.,
- Netzwerk Pflegebegleitung Thüringen,
- Thadine – Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerk,
- Thüringer Arbeitskreis für Familienerholung (TAF),
- Thüringer Ehrenamtsstiftung,
- Thüringer Landesmedienanstalt,
- Thüringischer Landkreistag e. V.,
- das für Demografiepolitik zuständige Thüringer Ministerium,
- das für Digitalisierung zuständige Thüringer Ministerium sowie
- das für Jugendpolitik zuständige Thüringer Ministerium.